



Der rechte Blick auf Ostdeutschland

30 Jahre nach dem Fall der Mauer steht Ostdeutschland erneut im medialen Fokus. Die Zugewinne der AfD bei den Landtagswahlen, aber auch die rassistischen Mobilisierungen nach dem gewaltsamen Tod eines 35-Jährigen in Chemnitz im vergangenen Jahr gaben erneut Anlass zu der Frage, warum die extreme Rechte in Ostdeutschland immer wieder Erfolge erzielt, die ihr so im Westen der Republik eher selten gelingen. Welche Perspektiven haben rechte Periodika auf Ostdeutschland und welche Narrative bedienen sie?

Es habe sich eine neue ostdeutsche Identität entwickelt, von der vor allem auch die AfD profitieren kann, bilanziert das Institut für Demoskopie Allensbach die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Juli 2019. Die Spaltung des Landes in Ost und West scheint tiefer als je zuvor. Diese Situation weiß die AfD für sich zu nutzen. In den Landtagswahlkämpfen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen griff die Partei das auf der Straße schon länger zu hörende Wende-Narrativ (»Vollende die Wende!«, »Wende 2.0«) auf. Letzlich konnte die AfD ihre Stimmenanteile erheblich erhöhen und wurde überall zweitstärkste Kraft.

Die vorliegende 5. Ausgabe der *magazine* widmet sich der Frage, wie sich diese Gemengelage in rechten Periodika widerspiegelt. Wie erklärt sich die extreme Rechte die anhaltenden Wahlerfolge der AfD und der rechten Straßenmobilisierungen in Ostdeutschland? Auf welche historischen Besonderheiten wird verwiesen? Welche Erklärungsmuster werden herangezogen für die erhöhte Inanspruchnahme rechter Politikangebote? Werden für den Wahlerfolg im Osten andere thematische Zugänge favorisiert als in Westdeutschland?

Der Grundtenor in vielen Artikeln schließt unmittelbar an die AfD-Rhetorik an: Die Demokratie habe sich längst in eine neue Diktatur verwandelt und die Ostdeutschen hätten dafür aufgrund ihrer »Diktaturerfahrungen« ein gut ausgeprägtes Sensorium. Der Osten fungiere als Leuchtturm für die gesamte Republik. Viele rechte Medien appellieren an ein Selbstbewusstsein und eine vermeintliche Straßenmacht, die 1989 erlangt worden sei. Während die neonazistisch geprägten Zeitungen und Zeitschriften zum Thema kaum etwas zu sagen haben, ließen sich sowohl in den auflagenstärkeren Periodika wie *Compact* und *Junge Freiheit* sowie der *Zuerst!*, als auch in den etwas zielgruppenspezifischeren Magazinen wie *CATO* oder *Sezession* einige aufschlussreiche Artikel finden. Im ersten Teil widmen wir uns zunächst dem Narrativ des »widerständigen Ostens«, um anschließend auf die Erzählungen zur DDR-Geschichte und ihre Aufarbeitung zu schauen. Welche Rolle die Soziale Frage mit Blick auf den »sozialistischen« Osten spielt, Fragen der Erinnerungskultur sowie die Deutung der Wahlergebnisse werden ebenfalls untersucht.

Die ostdeutsche Avantgarde

Der Osten sei widerständig und das aus Tradition. Folgt man den rechten Autor*innen (in der Regel sind es Autoren) ergibt sich ein äußerst positives Bild der politischen Stimmung in Ostdeutschland – eine Chance, die die AfD erkannte und sich mit ihrer »Vollende die Wende«- Wahlkampfretorik zu Nutze machte. Die Partei spielt damit auf die Proteste im Herbst 1989 an und appelliert an eine Tradition der Rebellion, die sie in Ostdeutschland ausmacht. Die rechten Medien, ob AfD-nah oder nicht, teilen diesen hoffnungsvollen Blick auf den Osten. Ein Beispiel von vielen ist das Interview mit dem kommunalpolitischen Strategen der brandenburgischen AfD, Daniel Freiherr von Lützow in der **Zuerst!**, in dem dieser das von der AfD propagierte Narrativ noch einmal ausbreitet: »Und Menschen, die schon einmal solch ein System miterlebt haben, wie es die DDR war und die BRD jetzt wird, lassen sich nicht den Mund verbieten. Wir Osis haben es nicht gelernt, alles schweigend hinzunehmen.« (8-9/2019)

In der **Jungen Freiheit** (JF) ist es Thorsten Hinz, der die AfD-Wenderhetorik als legitimen Rückgriff auf den Umbruch 1989 verteidigt. (34/2019) Die AfD greife mit diesen Parolen einen »rationalen Kern« auf, sie wolle provozieren, um deutlich zu machen: Hier geht es ums Ganze und nicht um »Sekundärthemen« wie Klima und Geflüchtete, die dem Osten erneut von außen auferlegt worden seien. Eine »innere Einheit« sei nur möglich, wenn »schwelende Konflikte« benannt würden. Zwar sei die BRD noch keine »DDR 2.0«, entwickle sich aber mit ihren »Haltungsjournalisten«, »Inklusionsfunktionären« und »Antidiskriminierungs-Auguren«, ihrer »Überwachungs-, Kontroll und Denunziationsstruktur« in diese Richtung. Thorsten Hinz, selbst in Ostdeutschland geboren, hebt das Narrativ des widerständigen Ostens in der sonst eher westdeutsch dominierten Jungen Freiheit auf das Tableau. So auch im September 2018 nach dem Totschlag in Chemnitz und den anschließenden rassistischen Demonstrationen. Die Situation sah Hinz als »eskalierenden geistigen Bürgerkrieg« zwischen Politik und Medien auf der einen, und Merkel-Gegner*innen aus Chemnitz und Sachsen auf der anderen Seite. Sachsen sei »Widerstandszone« gegen den westlich dominierten Politik-, Medien- und Kulturbetrieb. Und auf die Widerständigkeit der Ostdeutschen hoffen, so Hinz, auch die Westdeutschen. Ausführlich führt er diese These auch in der ersten Ausgabe des Magazins **Cato** (2018) aus, in dem die DDR und Ostdeutschland sonst eher keine Rolle spielen. Die Ablehnung der Migration (»Masseneinwanderung«) sei als Rebellion des Ostens gegen den Westen zu verstehen. Der Wahrnehmung des Autors zufolge würden die Ostdeutschen von Protagonist*innen des Westens falsch verstanden. Der westdeutsche Blick auf den Osten sei durch einen Defizitblick bestimmt. Dabei sei in Ostdeutschland noch möglich, was in Westdeutschland bereits zu spät sei: Im Osten wird sich gegen die EU und die Folgen der Einwanderungspolitik gewehrt, während es im Westen nicht mehr möglich wäre, offen darüber zu sprechen.

„Gerade Tellkamp ist ein prägnantes Beispiel dafür, dass kulturelle Fragen in den politischen Auseinandersetzungen im Osten eine zentrale Rolle spielen.“

Hinz meint, die Ostdeutschen würden heute nur der Aufforderung aus der Präambel des Grundgesetzes von 1949 folgen, in der es heißt: »Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, die Einheit und Freiheit zu vollenden.«

Den Sachsen, so sieht es Historiker Eberhard Straub in der JF, komme dabei eine besondere Rolle zu, deren Bedeutung bis ins Mittelalter zurückreiche. (38/2018) Sachsen seien »sehr bevorzugte Deutsche, weil ohne Sachsen als Musiker, Dichter, Philosophen und Gelehrte aller Richtungen ein Begriff deutscher Kultur höchst unvollständig wäre«. Bei der Vereinigung Ost- und Westdeutschlands hätten die Sachsen der »unermüdlichen Kolonialisierung« des Westens getrotzt: »Die Sachsen wollen bleiben, was sie waren und sind, Sachsen und Deutsche. Sie wollen keine Westdeutschen, keine geistigen Bonner und Rheinländer werden.«

Von der »sächsischen Avantgarde« schreibt auch die **Sezession** und widmet dem Bundesland im Juni 2019 anlässlich der bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen eine Schwerpunktausgabe. Man könne, so Götz Kubitschek im Editorial, auch nach viereinhalb Jahren PEGIDA, der bundesweit ersten AfD-Landtagsfraktion oder der »Charta 2017«¹, »also nach der Mobilisierung hunderttausender Sachsen gegen das Berliner Gesellschaftsexperiment« noch immer nicht genau sagen, »wer die Sachsen sind und warum sie so wesentlich anders sind als die anderen«. Die Autoren des Schwerpunktes haben durchaus unterschiedliche Zugänge zum Thema, sind sich unterm Strich jedoch dahingehend einig, dass es so etwas wie eine »sächsische Mentalität« (Kubitschek) gibt, auf die man bauen könne und auch bauen sollte. In der Ausgabe springt die Präsenz der AfD ins Auge, und dies trotz langjähriger, sorgfältig gepflegter Skepsis des Schnellroda-Milieus² gegenüber Parlamentarismus und Parteipolitik. So schreibt der ehemalige evangelische Pfarrer und AfD-Mitarbeiter Thomas Wawerka über das »Christentum in Sachsen«, der stellvertretende AfD-Vorsitzende Sachsens, Maximilian Krahe, der inzwischen in das EU-Parlament eingezogen ist, widmet sich dem deutschen Verhältnis zur EU, das es neu zu justieren gelte: weniger Zentralisierung, mehr Eigenverantwortung. Ostdeutschland sei, anders als die alten Bundesländer, noch nationalstaatlich geprägt, so Krahe.

Auch der Schriftsteller Uwe Tellkamp ist mit einem Artikel vertreten. Gerade Tellkamp ist ein prägnantes Beispiel dafür, dass kulturelle Fragen in den politischen Auseinandersetzungen im

Osten eine zentrale Rolle spielen. Ausgehend von seinen als nahezu aussichtslos beschriebenen Bemühungen, im Dresden der DDR eine Ausgabe von Thomas Manns *Zauberberg* zu erwerben proklamiert der Schriftsteller die sächsische Besonder-

heit, dass »uns nur Heimat und unsere Kultur nicht egal« sind. Das vermeintliche Desinteresse an dem Brand in der Pariser Kathedrale Notre-Dame als Symbol europäischer Identität sieht Tellkamp als »Verachtung des Eigenen, des Herkommens, des kulturellen Gepräges«, ja als Zeichen des Niedergangs westlicher Demokratien, die, ähnlich wie in der »Agonie der DDR«, heute nur noch Fassade

seien. Diese altbekannten Untergangsszenarien brechen sich bei Tellkamp nicht über das Narrativ des Bürgerkriegs, sondern über kulturelle Fragen Bahn. Nebenbei bemerkt: Angesichts der hundert Millionen Euro Spenden für den Wiederaufbau von Notre-Dame kann von Desinteresse kaum die Rede sein. Das von weiten Teilen des Bildungsbürgertums stets als etwas Besonderes erachtete Dresden («Elbflorenz») sei, so Tellkamp, zwar mehrfach zerstört worden, aber immer wieder aufgestanden.

Während Tellkamp auf das Dresdener Bildungsbürgertum fokussiert, wirft Jörg Seidel in seinem Artikel »Warum Sachsen? Warum der Osten?« einen etwas breiter angelegten Blick auf die DDR-Verhältnisse, die Funktion von Arbeit und den Alltag: »Der vielleicht markanteste Zug des Lebens in der DDR - mit mentalen

Folgen - war seine Nivellierungstendenz. Die soziale Ungleichheit war auf ein heute kaum noch vorstellbares Maß geschrumpft. Das Lohnniveau war niedrig, aber gut und schlecht Verdienende blieben in Sichtweite. Lohnbescheinigungen waren keine Geheimnisse. Auch teilte man sich aus einem beschränkten Fundus die gleichen Konsumgüter. Die meisten Werktätigen rechneten sich selbst - relativ unabhängig von ihrer Funktion - der Arbeiterklasse zu, »zuletzt war alles Arbeit - Wissenschaft, Philosophie, Literatur, Kunst« (Wolfgang Engler).« Seidel greift hier Narrative auf, die längst von anderen, etwa dem Soziologen Wolfgang Engler, untersucht wurden. So beleuchtete Engler bereits 2002 in seinem im Aufbau-Verlag erschienenen Buch »Die Ostdeutschen als Avantgarde« in den neuen Bundesländern vorhandene kollektive Denk- und Verhaltensmuster, mit Fokus auf die Arbeitsgesellschaft und den »sozialen Sinn« der Ostdeutschen. Im weiteren Verlauf des Textes bläst Seidel ebenfalls in das Horn der lange tradierten Sachsen-Spezifik: So gäbe es in Sachsen ein »konservatives Kontinuum«, Handarbeit werde ebenso eifrig gepflegt wie die Küche oder die Lieder. Diesen Traditionen stünden aber auch sächsische Eigenarten beiseite, die zu einer Diskriminierung der Sachsen führten, was Seidel zu der steilen These verleitet, dass die Sachsen aufgrund ihres Dialekts am häufigsten rassistische Beleidigungen erfahren würden. Ähnlich absurd ist die Bemerkung zu den #Baseballschlägerjahren³, die zwar erwähnt, aber gleichzeitig als quasi natürliche Reaktion verharmlost werden. Sachsen habe nach 89/90, so Seidel, »ein Problem mit Rechtsradikalismus« gehabt, »vor allem dort, wo Wiedervereinigung und EU Problemfelder hinterlassen hatten. Das stark ausgeprägte Heimatgefühl, der alles bestimmende Regionalismus mußte sich vom Kosmopolitismus bedroht fühlen.« Abgesehen davon, dass ein ausgeprägter Regionalismus durchaus auch mit Kosmopolitismus einherzugehen vermag (nur ein Beispiel: Kurdistan), verweist Seidel hier auf tat-



Zuerst 8-9/2019 und Compact 05/2017



sächlich auffällige politische Kontinuitäten, etwa die überdurchschnittlich hohen Erfolge der NSDAP im Bundesland.

Für Jürgen Elsässer war die DDR der bessere deutsche Staat, da man sich hier positiv auf Volk und Nation bezogen habe. »Die Liebe zum Eigenen, zur Heimat und ihren Traditionen hat im Osten besser überlebt als im Westen«, auch weil es hier keine Zäsur der

68er gegeben habe, schreibt er in der **Compact**. (05/2017) Dass der Blick der Compact so positiv, ja beinahe apologetisch ausfällt, verwundert kaum, haben doch PEGIDA und die AfD, also der Kern der Compact-Leser*innenschaft, hier ihre Hochburgen. Die Ost-Erzählung des Magazins ist mitunter krasser Gegensatz des leider auch in den etablierten Medien immer wieder vorkommenden »Ossi-Bashings«. Nur mit der Realität hat dies deshalb noch lange nichts zu tun. Dem oft

zitierten Ausspruch von »Dunkeldeutschland« (u.a. Joachim Gauck) und der Mär vom ungebildeten Ossi setzt Compact die Hefttitel »Der Osten leuchtet. Was der Westen lernen kann« (05/2017) und »Der Osten steht auf. Wer rettet den Westen?« (09/2019) entgegen. Den demografischen Wandel nicht zu Kenntnis nehmend werden die Hefttitel dabei mit jungen Frauen bebildert. Die Titelseiten weichen in beiden Fällen stark von den sonstigen Compact-Covern ab, die düstere Untergangsszenarien darbieten. Vielmehr scheint man hier eine gewisse rechte Zukunftshoffnung darstellen zu wollen. Fast paradiesisch sei es, einmal mehr, in Sachsen: »Nirgendwo bekommt eine Frau in Deutschland im Durchschnitt mehr Kinder als hier. [...] Die besonders gebärfreudigen Muslimas fallen in Sachsen kaum ins Gewicht. Der Ausländeranteil liegt im Freistaat bei knapp vier Prozent, bundesweit sind es fast elf- und bei den Passdeutschen mit Migrationshintergrund dürfte der Unterschied noch krasser ausfallen.« (5/2017)

Der Blick auf die DDR folgt in der Compact zwei gegensätzlichen Narrativen. Auf der einen Seite steht der Fokus auf die Einparteienherrschaft und den Überwachungsstaat mit der auch hier immer wieder bemühten Floskel einer heutigen »Stasi 2.0«. Auf der anderen Seite: Eine DDR, die den positiven Bezug zu Volk und Nation hoch hielt und so dafür gesorgt habe, dass Ostdeutsche bis heute weniger von den aus rechter Sicht gesellschaftspolitischen Verfehlungen im Nachgang der 68er-Bewegung »betroffen« seien. Die DDR sei »zwar nicht der demokratischere, aber der deutschere Staat von beiden« gewesen, so Elsässer. (10/2019) »Die Uniformen der NVA, der Stechschritt Unter den Linden, die Klassiker an den Schulen - die Traditionen unseres Volkes wurden bewahrt, so wie auch das heute verfemte V-Wort [gemeint ist Volk, Anm. d. Red.] selbst allgegenwärtig war.« Ostdeutsche sind in der Umsturzrhetorik der Compact das »revolutionäre Element« - authentischer, kampferprobt und vor allem vermeintlich ethnisch



homogen. Dem stehe ein ›überfremdeter‹, ›dekadenter‹ und ›verweichlichter‹ Westen des Landes gegenüber. Die im Heft präsentierte Darstellung der DDR hängt mit dieser Deutung eng zusammen. Letztlich sei dort laut Elsässer fast alles besser gewesen als im Westen, sei es die »Ausländerpolitik«, die Bildungspolitik oder die Familienpolitik. Und man höre und staune, auch der Antifaschismus war besser: »[D]ie strenge Unterscheidung zwischen Nazi-Führung und Volk ermöglichte es der SED, letzterem den Schuld kult zu ersparen und [...] den Alb der zwölf Jahre abzuschütteln.« (10/2019) Etwas bemüht klingt dann die kurze Distanzierung zum Schluss. Klar sei die DDR ein »Unrechtsstaat« gewesen, doch mit dem sozialistischen sei auch das »deutsche Erbe« verloren gegangen.

Antikommunismus und Erinnerungspolitik

Gerade mit Blick auf heutige Verhältnisse, das Regierungshandeln oder die rechte Diffamierung der Zivilgesellschaft dient die DDR jedoch meist als Negativfolie. Immer wieder werden der Politik Angela Merkels diktatorische Züge unterstellt. »Wie in der DDR« habe sich »in der Bundesrepublik ein Blockparteiensystem entwickelt, das den politischen Souverän entmachtet«, schreibt etwa der Wahl-Brandenburger Jürgen Elsässer, der seine politischen Gehversuche in den 1980er Jahren im Kommunistischen Bund gemacht hat, in der **Compact**. (10/2019) Die mitunter durchaus legitime Kritik an der Profillosigkeit der beiden kriselnden Volksparteien SPD und CDU nach vielen Jahren Großer Koalition wird in der für Compact typisch polemischen Sichtweise für die eigenen Zwecke instrumentalisiert. Als politischer Ausweg werden einmal mehr Parteien wie AfD und FPÖ und Politiker wie Donald Trump oder Matteo Salvini präsentiert.

Wie fest verankert der Antikommunismus unter den Leser*innen der **Jungen Freiheit** ist, zeigen die Reaktionen auf einen Artikel von Matthias Matussek. (28/2018) Dieser provoziert in seiner Verteidigung der Linksparteipolitikerin Sarah Wagenknecht wütende Leserbriefe, in denen sich mitunter auch auf die sowjetischen Gulags berufen wird, um eine positive Darstellung Wagenknechts zurückzuweisen. Während erinnerungspolitische Aspekte in den meisten Periodika keine Rolle spielen, lassen sich hierzu in der JF, meist aufgrund tagesaktueller Debatten, durchaus einige Artikel finden. So wird die Auseinandersetzung um den langjährigen Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, von der JF medial begleitet und kommentiert. Knabe war zum März 2019 durch den Stiftungsrat gekündigt worden. Mit Blick auf zahlreiche und über mehrere Jahre andauernde Beschwerden von Mitarbeiterinnen wegen sexueller Belästigung am Arbeitsplatz sah dieser eine Problemlösung mit Knabe als Leitung nicht mehr realisierbar. Die JF sieht in der Absetzung Knabes die »Entlassung eines Unbequemten«. (41/2018) Dass mit Berlins Kultursenator Klaus Lederer ein Mitglied der Linkspartei im Stiftungsrat der Gedenkstätte an dieser Entscheidung mitwirkte, nahm die Zeitung zum Anlass, ein parteipolitisches Kalkül zu vermuten. Der Linkspartei als »SED-Rechtsnachfolger« gehe es darum, die »Stasi-Aufarbeitung zu diskreditieren«, schrieb etwa Angelika Barbe, einst DDR-Oppositionelle, heute Autorin des Cicero und regelmäßige Rednerin

auf Demonstrationen der PEGIDA-Bewegung. Bereits im Juni 2018 war die JF selbst ins Zentrum der Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte Hohenschönhausen geraten. Innerhalb des Fördervereins der Gedenkstätte war Kritik an dessen Vorsitzenden Jörg Kürschner laut geworden, da dieser sich in der JF mehrfach klar auf Seiten der AfD positioniert hatte. Hubertus Knabe setzte die Zusammenarbeit mit dem Förderverein daraufhin aus. Auch die Ende September 2019 vom Bundestag beschlossene Überführung der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv wird von der JF kommentiert und als Ende der staatlichen Aufarbeitung »des dunkelsten Kapitels der zweiten deutschen Diktatur« kritisiert. (41/2019) Diese »späte Verhöhnung« passe zum »links-grünen Zeitgeist« und liege nicht zuletzt darin begründet, dass SPD und Grüne auf die Linkspartei angewiesen seien, um endlich die Tage der Großen Koalition hinter sich zu lassen, so der Autor Dr. Ralf Georg Reuth.



AfD-Sommerfest mit Andreas Kalbitz im brandenburgischen Eberswalde, 24.08.2019. Foto: Svenna Berger / opabiz

Zum ganz großen erinnerungspolitischen Schlag holt der EU-Parlamentarier der AfD, Nicolaus Fest, einst Kultur-Chef der Bild-Zeitung und stellvertretender Chefredakteur der Bild am Sonntag, in seinem Artikel über die »Verdrängung kommunistischer Verbrechen aus dem Bewusstsein« aus. (46/2018) Ausgehend von seinen Besuchen an Berliner Schulen schlägt Fest einen großen Bogen von einem seiner Meinung nach weit verbreiteten Mangel an Kontextwissen über historische Begebenheiten bis hin zu der Klage, dass auch heute wieder die Freiheit durch sozialistische Experimente bedroht sei. Geschichte, so sein Eindruck aus den Schulen, diene heute der »moralischen Selbsterhöhung«. Während die Schüler*innen viele historische Ereignisse überhaupt nicht hätten einordnen können, sei er überall mit Fragen zu Höckes Forderung nach einer »180 Grad-Wende« in der Erinnerungspolitik konfrontiert gewesen, und dies stets »scharf und unfreundlich«. Dass der

Geschichtsunterricht in der Schule allein schon quantitativ zu kurz kommt, wird vielfach zu Recht kritisiert. Doch Fest geht es um Haltung und Stil. Die Moral habe das Wissen um historische Ereignisse ersetzt, und »wo allein Moral herrscht, ist Unterricht keine Unterrichtung, sondern Indoktrination«. Die Fokussierung auf den NS und das vermeintliche historische schwarz-weiß-Denken spiegeln sich auch im öffentlichen Raum, so Fest, denn für »Opfer des Kommunismus« gäbe es weder Stolpersteine noch (»kaum«) Gedenktafeln. Eigentlich müsste Fest, der als Mitglied des Berliner Landesverbandes der AfD auch regelmäßig in der Hauptstadt unterwegs sein dürfte, es besser wissen. Gerade hier beschleicht einen der Eindruck, dass sich die Erinnerungspolitik bzw. die öffentlichen Erinnerungsorte an die DDR auf die Mauer, die Mauer-toten und die Stasi beschränkt, eine Reduktion, die wiederum auch Fest moniert. In dem von ihm beklagten Erinnerungspoliti-



schen Ungleichgewicht sieht er eine grundsätzliche »Sympathie der Deutschen für den Sozialismus«, weshalb auch heute die Freiheit bedroht würde, denn diese sei »immer das erste Opfer des Sozialismus, im immer gleichen Dreischritt: Erst kommt die Freiheit des Eigentums unter die Räder, dann die der Meinung, schließlich die individuelle«. »Attacken auf Eigentum und Privatautonomie« seien überall zu bemerken. Fest nennt das NetzDG, das Kulturschutzgesetz oder die Vermögenssteuer. Auf die Idee, entsprechende politische Vorhaben als sozialistisch zu markieren und über eine Geschichtsvergessenheit und Verdrängung »kommunistischer Verbrechen« herzuleiten, muss man erst einmal kommen. Mit der Fest'schen Lektüre und seiner bestechenden Logik erschließt sich dann auch ansatzweise das in der extremen Rechten verbreitete Bild einer »links-grün versifften« Hegemonie.

In ein ähnliches Horn bläst auch die **Zuerst!** Die Perspektive auf die DDR geht hier oft totalitarismuseideologisch mit einer bewusst gewählten NS-Relativierung einher, indem die DDR und der Nationalsozialismus als zu verurteilende Unrechtsregime gleichgesetzt werden oder gar der »Kommunismus« oder wahlweise der »Sozialismus« als besonders bedrohlich, gefährlich und tödlich dramatisiert wird. Bei der Lektüre ergibt sich insgesamt der Eindruck, dass die DDR in der **Zuerst!**, mit Rücksichtnahme auf das NS-affine Zielpublikum, als größeres Übel angesehen wird. Die sozialistische Wiederbelebung gelte es heute zu verhindern. Der AfD-Politiker und Autor von »Wie steht's um Deutschland. Beobachtungen eines Konservativen«, Thomas Hartung, drückt es in einem Interview grobschlächtig so aus: »Wir mutieren gerade vom Land der Dichter und Denker zum Land der Gesinnungsrichter und Niveauehner.« (5/2019) Auch Hartung strebt nach Größerem und untermauert dies mit dem denkwürdigen Satz: »Deutschland wird auch eine BRD überleben.« Um Deutschland »zu retten«, hat er auch gleich einen konkreten Plan: »Mutbürger sollten sich nicht an der Vision eines Wahlsiegs berauschen, sondern die dahinter stehende Verantwortung erkennen und annehmen wollen. Also müssen sich die konservativen Kräfte, ja die radikalisierte bürgerliche Mitte im Sinne einer Allianz aller Gestaltungswilligen bündeln, hinter der führenden Oppositionskraft sammeln [...] und dann über das sukzessive Zurückholen einzelner Bundesländer wie in diesem Herbst Sachsen, Brandenburg und Thüringen die politische Macht zunächst im Bundesrat »von unten« zurückerobern.«

Nicht zuletzt positioniert sich die **Zuerst!** auch auf sprachlicher Ebene rechtsaußen. So wurde für die Redaktion offensichtlich am 3. Oktober 1990 noch lange nicht die von ihr – wie auch von vielen anderen extremen Rechten – angestrebte »vollständige« Wiedervereinigung Deutschlands vollzogen. In etlichen Artikeln der Jahre 2017 bis 2019, die sich mit der politischen Situation in den ostdeutschen Bundesländern beschäftigen, werden diese konsequent als »Mitteldeutschland« bezeichnet. Die korrekte Nennung Ostdeutschlands im politischen Diskurs gilt ihr als »konformistisch«. Hinter dieser Wortspielerei steckt eine klare politische Zielsetzung, auch wenn diese nicht genauer ausgeführt wird: Es wird die »Wiedervereinigung« auch mit den ehemaligen »deutschen Ostgebieten« angestrebt.

Ähnliche Töne finden sich auch in der NPD-Zeitung **Deutsche Stimme**, die zuletzt einen ganzseitigen Abriss zu den Ereignissen 1989/90 publizierte. (11/2019) Demnach bleibe »die deutsche Frage [...] auch nach der kleinen Wiedervereinigung aktuell«. Und: »Solange das Bekenntnis zum Reich von einer Generation zur nächsten weitergereicht wird, ist eine nationale Wiedergeburt vorstellbar.«

Nur vereinzelt behandeln die Magazine historische Fragen rund um die Ereignisse 1989/90, die schließlich zum Ende der DDR führten. Eine Ausnahme bildet hier die **Zuerst!**, die sich bereits zum 25. Jahrestag des Mauerfalls den Geschehnissen widmete und Helmut Kohl als »Kanzler der Einheit« in den Blick nahm. Die **Zuerst!**-Vielschreiber Dorian Rehwaldt, Bernhard Radtke und Falk Tiedemann erheben den Vorwurf, durch Kohls proeuropäische Politik sei die »Verwässerung der ethnischen Identität durch weitgehende Tatenlosigkeit und Ignoranz beim Thema Zuwanderung« und vor





Frau Petrys Blaue Partei forderte im sächsischen Wahlkampf einen »Saxi«. Nach den schlechten Wahlergebnissen verkündete die Partei Anfang November ihre Auflösung zum Ende des Jahres. Foto: Vera Henßler /apabiz

allein der »geplante und forcierte Abbau der nationalen Souveränität zugunsten des EG- bzw. EU-Zentralismus« entscheidend vorangetrieben worden. Unverzeihlich ist es ihnen, dass Kohl nicht nur die »ethnische Identität« und »nationale Souveränität«, sondern auch die »territoriale Integrität« aufs Spiel gesetzt und an den »Realitäten, die die Sieger des Zweiten Weltkriegs geschaffen hatten, nicht gerüttelt« habe. So sei »schon kurz nach dem Mauerfall [...] der Druck gewaltig« gewesen, »nun rasch den endgültigen Verzicht auf die deutschen Ostgebiete zu erklären«. Zudem habe Kohl den Protesten der Bevölkerung in der DDR kaum Relevanz beigemessen. Gerade die Massenproteste im Herbst 1989 hätten sehr wohl gezeigt, dass beharrliche Proteste letztlich zum politischen Umsturz führen könnten. Eine inhaltliche Auseinandersetzung etwa mit der Rolle der DDR-Bürgerrechtsbewegung, wie sie zuletzt in der FAZ im Sommer rege diskutiert wurde, ist in den rechten Periodika kaum auszumachen. Vielmehr ist es pauschal »das Volk«, das den Umbruch aufgrund seiner Beharrlichkeit auf der Straße forciert habe.

Michael Paulwitz dient die Ausreisewelle im Sommer und Herbst 1989 schließlich dazu, in der **Jungen Freiheit** die Verwendung des Begriffs Flüchtling »seit dem Merkelschen Willkommensputsch« zu kritisieren. Der Rückblick auf die DDR-Botschaftsflüchtlinge sei »Die Lehre von 1989«. Während die Flüchtenden aus der DDR tatsächlich Flüchtlinge gewesen seien, »Deutsche [...], Landsleute in Not«, deren Aufnahme »ein Gebot der nationalen Solidarität« gewesen sei, handele es sich heute um »Wirtschaftsmigranten, die um die halbe Welt reisen, nicht weil sie verfolgt wären, sondern weil sie im deutschen Sozialstaat ein besseres Leben erwarten«. (40/2019)

Neben dem Mauerfall ist vor allem die Erinnerung an den 17. Juni 1953 als »Mitteldeutschen Volksaufstand« seit Jahrzehnten fester Bestandteil extrem rechter Geschichtsdiskurse. Wurde damit vor 1989/90 vor allem die Ablehnung der DDR, der Sowjetunion und generell des Kommunismus zum Ausdruck gebracht, führten auch danach Akteure wie die Republikaner oder die NPD zu diesem historischen Ereignis Aktionen durch. Zuletzt wählte die »Identitäre Bewegung« mit ihrer Demonstration unter dem Motto »Zukunft Europa – Bewegen und Verändern« 2017 in Berlin dieses Datum. Auch wenn der 17. Juni in den letzten Jahren keine größere Wirkkraft entfalten konnte, wurde er publizistisch, etwa in der Jungen

Freiheit, immer wieder aufgegriffen. So erschien zum Jahrestag der »erste(n) Revolte im kommunistischen Machtblock« ein Interview mit einem Radiomoderatoren des RIAS. (25/2018)

Und die Soziale Frage?

Durchaus unterschiedliche Perspektiven lassen sich in den Periodika zu der Frage finden, welche Relevanz sozialpolitische Themen in Ostdeutschland haben. Die **Zuerst!** misst dem zumindest in den Artikeln, die sich mit den rassistischen Massenmobilisierungen und den AfD-Erfolgen in Ostdeutschland beschäftigen, eine zentrale Rolle bei. Wie auch bei anderen Themen werden zumindest in den umfangreicheren Reportagen die ansonsten so verhassten Medien, seriöse Studien sowie anderweitige offizielle Quellen bemüht und das jeweils für die eigenen Thesen Nutzbare herausgezielt. In ihrem Artikel »Durchbruch im Osten?« verweisen Bernhard Radtke, Robert Diehl und Steve Lerod etwa auf den »Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2018«, der »flächendeckende Strukturschwächen« Ostdeutschlands benennt. (8-9/2019) Die Autoren zeichnen das auch in anderen Kontexten bemühte und nicht gänzlich falsche Bild der »frustrierten Wendeverlierer«, die konfrontiert sind mit, im Vergleich zum Westen, höherer Arbeitslosigkeit, dem zusätzlichen Abbau von Arbeitsplätzen in manchen Regionen (z.B. in der Kohleindustrie der Lausitz), dem weiterhin sehr viel niedrigeren Lohn- und Rentenniveau sowie dem demografischem Wandel durch Abwanderung von jungen gut Ausgebildeten. Der Blatt-Linie entsprechend ideologisch gerahmt wird das u.a. mit Zahlen zur angeblich »importierten Kriminalität«. In der gleichen Ausgabe beklagt Daniel Freiherr von Lützwitzow, dass der Unterschied im Lohngefüge »immer noch bemerkbar«, »der Osten bereits ausverkauft« bzw. »regelrecht industriell ausgeblutet«, die »Infrastruktur [...] desaströs« und die »digitale Infrastruktur [...] kaum vorhanden« sei. Dazu kämen noch »Wohnungslosigkeit, fehlende Kitaplätze und die Schließung von Landschulen« und der »fachärztlichen Versorgung« sowie verschwindende Jugendclubs und die damit einhergehende angebliche »Indoktrination der Kinder und Jugendlichen«. Auch von Lützwitzow kommt zu dem Schluss, dass heute eine Reorganisation der DDR drohe.

In der **Sezession** wirft Stammautor Benedikt Kaiser unter dem Titel »Zweierlei Deutschland, zweierlei AfD?« im Vorfeld der Landtagswahlen die Frage auf, warum die AfD die marktradikalen Anteile aus der Lucke-Zeit noch immer nicht über Bord geworfen habe. (90/2019) Kaiser plädiert für eine Umbesinnung auf einen »solidarisch-patriotischen Sozialstaat«, der sich stärker auf die Interessen der »unterbürgerlichen Schichten« fokussieren sollte. Die AfD verpasse in Sachsen derzeit eine »einmalige Chance«. Statt über einen sozialpolitischen Wahlkampf einen »inhaltlichen Frontalangriff« zu führen, schiele die Partei lieber auf eine mögliche Übereinkunft mit der CDU. Auch nach der Wahl ist Parteikritik von Kaiser zu hören: Zwar sei das Ergebnis in Sachsen durchaus respektabel, es stelle im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 jedoch keine relevante Steigerung dar, heißt es auf dem Blog der Sezession. Die Forderung, sozialpolitische Themen stärker auf die Partei-Agenda zu setzen wird vom Flügel rund um Björn Höcke seit längerem

formuliert, bisher allerdings erfolglos. Dies könnte sich nach der wahlbedingten Gewichtsverschiebung zugunsten der radikaleren Landesverbände auf absehbare Zeit nun ändern.

Dieter Stein, Chefredakteur der **Jungen Freiheit**, erklärt nach den AfD-Wahlerfolgen die sozialpolitischen Erklärungsmuster hingegen für verfehlt. Grundrente, abgehängte Regionen, mangelnder Respekt vor Ostbiografien: »Als ob es um Geld ginge.« Grund für die »anschwellende Empörung«, so Stein, der sich damit implizit auf Botho Strauß und explizit auf Bestsellerautor Bernhard Schlink in der FAZ beruft, seien der immer enger werdende Meinungskorridor und die Front der Parteien gegen die AfD. »Immer mehr Bürger haben es deshalb besonders im Osten satt, einem betreuten Denken zu folgen, sich von oben vorschreiben zu lassen, was eine demokratische Wahl bedeutet.« (37/2019) Dass sozialpolitische Fragen bei der Wahlentscheidung für die AfD eine eher untergeordnete Rolle spielten, legen auch Umfrageergebnisse von infratest dimap nahe. In allen drei Bundesländern standen die Themen Sozialpolitik sowie Löhne und Renten demnach im Vergleich zur Relevanz bei anderen Parteien auf der Skala vieler AfD-Wähler*innen nicht ganz oben (Löhne und Renten noch eher als Sozialpolitik). Entscheidend waren vor allem die migrationspolitischen Positionen der AfD. Die Ambivalenz des AfD-Milieus in Bezug auf die DDR wird in den Umfragen ebenfalls deutlich. Während die Wahlkampfretorik an eine kollektive Identität appelliert, die sich durch die erfolgreiche Überwindung der DDR auszeichnet, spielt gleichfalls auch die positive Erinnerung an die DDR eine Rolle. So stimmten um die 50 Prozent der AfD-Wähler*innen in allen drei Bundesländern der Aussage zu, »Zu DDR-Zeiten hat der Staat mehr für seine Bürger getan.« Leider gibt es hierfür keine Altersaufschlüsselung, die sicherlich aufschlussreich wäre.

Blau Land im Osten, Grüne Städte im Westen

Bereits in der vorangegangenen *magazine*-Ausgabe zur Ökologie wurde deutlich, dass das Feindbild Grüne von einem breiten extrem rechten Spektrum geteilt wird. So wird u.a. in der **Zuerst!** die AfD auf der parteipolitischen Ebene nicht etwa gegen Die Linke, sondern gegen die Grünen in Stellung gebracht. Hier wird die maximale inhaltliche Gegensätzlichkeit ausgemacht. Den grünen Wähler*innen werden die von Rechten so verhassten Themen wie »Multikulturalismus«, Feminismus, Gender, Diversität, Inklusion und natürlich der Klimaschutz zugeschrieben und als realitätsfernes »Repertoire an Luxus-Marotten« diffamiert, die vor allem in westdeutschen Großstädten verbreitet seien. (8-9/2019) Interesse und Kompetenz bezüglich der »sozialen Fragen«, die die Menschen in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands umtreiben, wird den Grünen und ihren Anhänger*innen gänzlich abgesprochen und einzig der AfD attestiert. Diese seien schließlich »eher bodenständig als weltgewandt [...] vertreten traditionelle Werte, es zählen

Familienbewußtsein, Arbeit, Ordnung. Das Eigene, die meist überschaubare, gewohnte, liebgelebte Lebenswelt zu schützen, zu bewahren und zu verteidigen, nimmt einen hohen Stellenwert ein.« Und gerade diese kleine heile Welt sei in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands nicht nur in Gefahr, sondern teilweise schon abgeschafft.

Nach der Europawahl 2019 widmet sich auch die **Junge Freiheit** der Trennlinie zwischen Grün in den Städten und dem Westen, und Blau für Land und Osten. Eine »neue Demarkationslinie, die in Wahrheit eine alte ist«, bemerkt Christian Vollradt (23/2019) und konstatiert, dass der AfD diese Abgrenzung zu den Grünen politisch nutzen könne. Zu den anderen Parteien brauche die AfD hin-

gegen ein professionelleres Auftreten, um auf lange Sicht bündnisfähig zu werden. Die Linkspartei sei, anders als die Grünen, Konkurrentin, nicht Gegnerin. Und so schließt Vollradt sein Kommentar mit den Worten: »Grün auf der einen Seite, in jeder Hinsicht »offen« für Vielfalt und Gleichheit und die ganze Welt. Blau auf der

anderen. Für gewachsene Tradition, für Grenzen, für Nationen. Dieser Antagonismus bleibt nicht nur, er wird sich noch verschärfen.«

Zusammenfassend wird deutlich, dass die Befassung mit der DDR-Geschichte und den Umbrüchen 1989/90ff. in den rechten Periodika fast ausschließlich vor dem Hintergrund eigener, hochaktueller politisch-ideologischer Prämissen stattfindet. Nur einzelne literarische Besprechungen von Werken von DDR-Autor*innen, die nicht primär auf deren Dissidenz abheben, fallen aus dem Rahmen. Die Mehrzahl der Artikel blickt aus heutiger Perspektive auf die Geschichte und versucht daraus politisches Kapital zu schlagen. Vor allem zwei Ereignisse, der 17. Juni 1953 und der Herbst 1989 werden als Traditionslinien herausgestellt, die stark an westdeutsche Geschichtsschreibung erinnern und die kulturellen und sozialen Erfahrungen sowie die Alltagsgeschichte der Ostdeutschen außer Acht lassen. Jenseits der benannten Narrative bleiben Betrachtungen der Umbrüche 1989/90 und der Rolle einzelner Akteure darin (Kirche, Bürgerrechtsbewegung, Sowjetunion...) oder der Transformationszeit der 1990er Jahre seltene Ausnahme. Ein Befund, der nicht zu überraschen vermag. •

1 Mit der »Charta 2017« reagierte die Dresdener Buchhändlerin Susanne Dagen auf die Debatte um und die Proteste gegen die Teilnahme nationalkonservativer und neurechter Verlage auf der Frankfurter Buchmesse 2017. Die rund 7800 Unterzeichnenden mahnten darin vor einer aufkommenden »Meinungsdiktatur« und forderten »Wehret den Anfängen«. Zu den Erstunterzeichnenden gehörten unter anderem Uwe Tellkamp, Matthias Matussek und Eberhard Straub. **2** Schnellroda ist sowohl Sitz des antaios-Verlags von Götz Kubitschek als auch Veranstaltungsort der Akademien des Instituts für Staatspolitik (IfS). Die Veranstaltungen dienen nicht zuletzt der Vernetzung verschiedener extrem rechter Akteure, von der AfD bis hin zu den Identitären. Obwohl insbesondere in der Sezession immer wieder Skepsis gegenüber Parteipolitik zu lesen ist (vgl. dazu auch die *magazine*-Ausgabe »Rechte Printmedien und die AfD«), sind in den letzten Jahren mehrfach prominente AfD-Funktionär*innen wie Alice Weidel, Alexander Gauland oder Björn Höcke als Redner*innen bei den Akademien des IfS zu Gast gewesen. **3** Der Begriff Baseballschlägerjahre wurde vom Zeit-Autor Christian Bangel geprägt. Anlässlich von 30 Jahren Mauerfall berichteten unter dem gleichnamigen Hashtag etliche Menschen über ihre Gewalterlebnisse mit Neonazis im Osten der 1990er und 2000er Jahre sowie die Ignoranz weiter Teile der Gesellschaft.





Das apabiz

Das antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin (apabiz) ist das umfangreichste öffentlich zugängliche Facharchiv zur extremen Rechten nach 1945. Seit 1991 informieren wir über die militante Neonaziszene, die Entwicklung von Parteien und Organisationen, die Einflussnahme auf verschiedene Jugendkulturen und die rechte Medienlandschaft in all ihren Facetten.

Archiv und Bibliothek

Unsere Sammlung beinhaltet neben Büchern und Zeitschriften auch eine Vielzahl von Flugblättern, Katalogen, Fanzines, Aufklebern sowie Ton- und Bilddokumenten von rechten Akteuren und Strukturen aus dem In- und Ausland. Neben den Archivalien gibt es eine Präsenzbibliothek mit Fachliteratur zur extremen Rechten und antifaschistischen Publikationen aus den letzten Jahrzehnten. Diese steht allen Interessierten für die Recherche zur Verfügung. Der Bibliotheksbestand ist online in unserem Opac erfasst. | bibliothek.apabiz.de

Publikationen

Unsere Recherchen und Analysen veröffentlichen wir regelmäßig online und als print:

- Fördermitglieder erhalten mindestens viermal im Jahr unseren gedruckten Rundbrief monitor
- Der Schattenbericht Berliner Zustände sammelt einmal im Jahr Perspektiven Berliner Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus und die extreme Rechte | www.schattenbericht.de
- Über aktuelle Themenstellungen und Analysen informieren wir auf unserer Homepage und unserem Berlin-Blog | rechtsausen.berlin

Projekte

- NSU-Watch erarbeitet Einschätzungen und Expertisen zum NSU-Komplex und dokumentiert(e) die Untersuchungsausschüsse in den Bundesländern und im Bundestag sowie den Prozess vor dem Oberlandesgericht in München. Das Projekt wird von einem Bündnis aus rund einem Dutzend Gruppen und Einzelpersonen getragen. | www.nsu-watch.info
- Rechtes Land ist ein Online-Atlas über rechte Strukturen und Aktivitäten in Deutschland | www.rechtesland.de

Bildungsarbeit

Wir bieten Vorträge und Workshops zu unterschiedlichen Facetten und Themen der extremen Rechten. Für eine Veranstaltungsanfrage sollte mindestens ein Monat Vorlaufzeit, ein Honorar und ggf. Fahrtkosten eingeplant werden. Alle Bildungsangebote sind auf unserer Homepage nachzulesen.

Förder*in werden

Wer Förder*in des apabiz e.V. wird, bekommt mindestens viermal jährlich unseren Rundbrief monitor kostenlos zugeschickt. Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag (ab 5 Euro), dafür erhaltet Ihr den monitor und ab und an weitere Broschüren, könnt euch Bücher ausleihen und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt. Um Förder*in zu werden genügt eine Mail.

☎ 0 30 . 6 11 62 49 ✉ mail@apabiz.de 🌐 www.apabiz.de

magazine no. 5, november 2019

Eine Publikation des apabiz e.V.

Autor*innen: Kilian Behrens, Svenna Berger, Vera Henßler, Frank Metzger, Patrick Schwarz

Titelbild: CC BY-ND 2.0 flickr.com/photos/frank_schmidtke

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.

Lausitzerstr. 10 | 10999 Berlin

Geöffnet Donnerstag von 15 bis 19 Uhr und nach Absprache
V.i.S.d.P.: C. Schulze

Vielen Dank an die Kolleg*innen und Förder*innen, die diese Publikation möglich gemacht haben.

Diese Publikation wurde gefördert durch:



Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung

